

Öffentliche Niederschrift

24. Sitzung des Umweltausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 19.06.2024
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 16:40 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste**Anwesend****Vorsitz**

Dr. Jörg Schröder-Tebbe SPD

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Holger Ingendoh	CDU	
Frank Bandel	CDU	
Georgis Schmidt	CDU	Vertretung für: Karin Dubbert
Eugen Lenz	CDU	
Andreas Völker	CDU	
Bürgermeister Manfred Flore	SPD	
Dr. Silke Jacobs	SPD	
Silke Wilts	SPD	Vertretung für: Thorsten Kamps
Manuel Otto Prohl	SPD	
Bülent Sahin	SPD	
Norbert Axt	DIE GRÜNEN	
Ulrich Lütte	BOB im Rat	

sachkundige/r Bürger/in

Ralf Schindelasch	DIE GRÜNEN	
Albin Bajric	CDU	
Dominik Sporkmann	CDU	
Helmuth Konrad Eidam	SPD	Vertretung für: René Pascheberg
Margarete Therese Dresen	DIE GRÜNEN	
Florian Schröder	AfD	
Lion Rudi	LINKE.LISTE	
Maximilian Baum	FDP im Rat	

Gäste

AfD-Geschäftsstelle	
BOB im Rat - Geschäftsstelle	BOB im Rat
FDP im Rat - Geschäftsstelle	FDP im Rat
Fraktion DIE GRÜNEN-Geschäftsstelle	DIE GRÜNEN
LINKE.LISTE-Fraktion-Geschäftsstelle	LINKE.LISTE

SPD-Geschäftsstelle
Cinderella Judemiller

SPD
Fasia Jansen
Gesamtschule

Verwaltung

Beigeordneter Michael Jehn
Beigeordneter Dr. Thomas Palotz
Markus Werntgen-Orman

Dezernat 4
Dezernat 5
Bereichsleitung
2-2

Abwesend**reguläre Teilnehmende aus dem Rat**

Karin Dubbert
Thorsten Kamps

CDU
SPD

entschuldigt
entschuldigt

sachkundige/r Bürger/in

René Pascheberg

SPD

entschuldigt

hinzugewählte Personen

Christian Ejodamen

IR

entschuldigt

Gäste und weitere Teilnehmer

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
1	Integriertes energetisches Quartierskonzept Schmachtendorf	M/17/5291
2	Einführung eines Energiemanagements	B/17/5154
3	Ergänzungsantrag der FDP im Rat gem. §4 der Geschäftsordnung für den Rat zum Beschlussvorschlag: "Einführung eines Energiemanagements" (B/17/5154)	A/17/5482-01
4	4. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024	B/17/5265
5	5. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024	B/17/5273
6	6. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024	B/17/5274
7	7. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024	B/17/5275
8	8. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024.	B/17/5276
9	9. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024	B/17/5277
10	10. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024.	B/17/5279
11	Integriertes Stadtentwicklungskonzept	B/17/5302
12	Zufahrtsregelung auf der Marktstraße in Alt-Oberhausen	B/17/5301
13	Antrag der SPD-Fraktion gemäß §2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Prüfung der Einrichtung einer zentralen Veranstaltungsunterstützungsstelle für touristische und kulturelle Großveranstaltungen; Änderungsantrag der FDP im Rat gemäß §4 der Geschäftsordnung des Rates zur Drucksache A/17/3978-01: Prüfung der Einrichtung einer zentralen Veranstaltungsunterstützungsstelle für touristische und kulturelle Großveranstaltungen	M/17/5430

TOP	Betreff	Drucksache
14	Evaluation der Klimaschutzrelevanz in Beschlussvorlagen.	M/17/5292
15	Pflegekonzept zum Beschluss aus Antrag A/17/4434-01	M/17/5322
16	Lärmaktionsplan 4. Runde (2024) - Sachstand und Zeitplan	M/17/5409
17	Luftqualität 2023 - Ergebnisse der Luftqualitätsmessungen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV NRW), auch vor dem Hintergrund der für das Jahr 2030 zu erwartenden Grenzwertverschärfungen	M/17/5418
18	Änderungsantrag der FDP im Rat gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zum Antrag der SPD-Fraktion: "Schaffung von E-Scooter-Parkplätzen und Koordinierung von Abstellverbotszonen" (A/17/5411)	A/17/5411-01
19	Antrag nach § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen der SPD-Fraktion: Schaffung von E-Scooter-Parkplätzen und Koordinierung von Abstellverbotszonen	A/17/5411
20	Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstand „Öffentliche Trinkwasserspender im Stadtgebiet“	A/17/5444
21	Änderungsantrag der FDP im Rat gem. §4 der Geschäftsordnung für den Rat zum Antrag der SPD-Fraktion: "Videoüberwachung von Schulgebäuden in Oberhausen zum Schutz vor Einbrüchen und Vandalismus" (A/17/5439)	A/17/5439-01
22	Antrag der SPD-Fraktion nach § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen: Videoüberwachung von Schulgebäuden in Oberhausen zum Schutz vor Einbrüchen und Vandalismus	A/17/5439

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

**1 Integriertes energetisches Quartierskonzept Schmachtendorf
 M/17/5291**

Herr Buchner hält einen Powerpoint-Vortrag. Dieser musste jedoch wegen technischer Probleme im Saal abgebrochen werden. Der Vortrag wird in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses nachgeholt.

Die Kenntnisnahme des Vortrages / des TOPs 1 wurde auf die nächste Sitzung verschoben

**2 Einführung eines Energiemanagements
 B/17/5154**

TOP 2 und TOP 3 werden auf Vorschlag des Vorsitzenden gemeinsam beraten.

Herr Baum gibt an, dass im Haushaltssicherungskonzept der Stadt Oberhausen bereits eine Einsparung der Gesamtenergieausgaben der SBO in Höhe von 1,5 Mio. Euro, ohne die Einrichtung neuer Stellen aufgeführt wurde. Er erkundigt sich, ob neue Stellen hierfür notwendig sind, oder ob diese neuen Stellen dazu genutzt werden um darüber hinaus Einsparungen vornehmen zu können. Fraglich ist für ihn, wenn letzteres zutrifft, wie hoch diese Einsparungen sein können.

Herr Jehn weist auf eine einmalige Chance hin, die sich bietet. Die zu schaffenden Stellen werden zu 90%, befristet auf drei Jahre, durch ein Bundesprogramm gefördert. Außerdem wird ein Beratungsdienst bis zu 45 Quadratmeter komplett übernommen. So kann das Ziel der Haushaltskonsolidierung noch stärker verfolgt werden. Die Stadt Oberhausen hat in den eigenen Gebäuden viele Möglichkeiten. Diese Räume sind technisch ausgerüstet und neu gedämmt. Mit diesen Maßnahmen kann die Stadtverwaltung in diesem Bereich 70% der zuvor genutzten Energie einsparen. Das entspricht 8% des Gesamtenergiebedarfs der Stadtverwaltung Oberhausen.

Kenntnisse hieraus sollen auch bei Folgeprojekten, wie der Sanierung des Hallenbades in Sterkrade genutzt werden. Dort soll ebenfalls durch moderne Technik Energie eingespart werden. Herr Jehn sieht mit dieser Methode ein großes Potenzial Energie einzusparen, wenn man bereit ist dafür zu investieren.

Die SBO tauscht bereits Heizungsanlagen. Vier Photovoltaikanlagen befinden sich derzeit im Bau. In Kürze wird dem Rat der Stadt weitere acht Anlagen, zu 90% gefördert, beschließen.

Herr Jehn räumt ein, dass im Haushaltssicherungskonzept bereits ein Einsparungsziel aufgeführt wird. Diese Maßnahme soll die Zielerreichung unterstützen.

Für Herrn Baum ist fraglich, ob es sich hier um eine Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes handelt und wünscht sich ein klares „ja“ oder „nein“. Laut Herrn Jehn ist die Maßnahme Additiv zu sehen. Herr Baum erkundigt sich, welche zusätzlichen Einsparmaßnahmen über 1,5 Mio. Euro gemeint sind und wünscht sich ein formuliertes Ziel, welches die Zusätzlichen Einsparmaßnahmen und deren Wirkung enthält.

Herr Jehn hebt das Ziel in Höhe von 1,5 Mio. Euro hervor. Die entstehenden Kosten werden über einen Förderantrag zu 90% refinanziert. Deshalb kann in diesem Bereich personell investiert werden. Ein Ziel wird nicht formuliert. Die Maßnahmen sollen helfen, das Ziel des Haushaltssicherungskonzeptes zu erreichen.

Die SPD wird der Vorlage lt. Herrn Flore zustimmen. Er stimmt zu, dass es sich um ein wichtiges Projekt handelt, für die Senkung der Energiekosten zu sorgen. Herr Flore betont, dass zur Umsetzung von Projekten auch entsprechende Mittel notwendig sind. Er hält es für abwegig einem Projekt, welches zu 90% gefördert wird, nicht zuzustimmen.

Herr Flore wünscht sich, dass der Umweltausschuss regelmäßig über den derzeitigen Stand des Projektverlaufes informiert wird.

Die SPD unterstützt den Punkt 3 des Änderungsantrages der FDP.

Herr Axt gibt an, dass die Grünen dem Antrag ebenfalls zustimmen wird. Die Grünen haben die damalige OGM bereits mehrmals aufgefordert mit Projekten dieser Art zu beginnen. Nun hat die SBO in diesem Bereich begonnen. Herr Axt erhofft sich durch die neuen Stellen einen großen Fortschritt. Zum Änderungsantrag der FDP möchte Herr Axt keine Aussagen machen. Er gibt an, dass ihm dieser am Sitzungstag um 12:00 Uhr noch nicht vorgelegen hätte.

Herr Baum möchte erfahren, ob das Erreichen des Haushaltssicherungskonzeptziels davon abhängig ist, dass die geförderten Stellen eingerichtet werden. Er stellt 1,2 Mio. Euro Ausgaben über drei Jahre und 1,5 Mio. Euro Einsparpotenzial gegenüber.

Herr Jehn weist darauf hin, dass in der Vorberatung über den Förderantrag beschlossen wird. Das Haushaltssicherungskonzept und verschiedene Maßnahmen wurden bereits im vergangenen Jahr beschlossen. Er nennt DISKO, Photovoltaikanlagen und die Sanierung des Hallenschwimmbades als Beispiele. Durch die hier besprochene Maßnahme sollen zusätzliche Potenziale durch ein neues technisches Niveau ermöglicht werden.

Die CDU wird ebenfalls zustimmen. Dies gilt auch für den Änderungsantrag der FDP. Herr Bandel führt aus, dass bisherige Investitionen in diesem Bereich bisher immer große Einsparungen mit sich gebracht haben. Er weiß aus dem SBO-Ausschuss, dass die SBO eine personelle Verstärkung begrüßen würde.

Darüber hinaus begrüßt Herr Bandel einen interkommunalen Austausch.

Herr Flore wünscht sich eine Aussage der Verwaltung zum interkommunalen Austausch.

Herr Jehn gibt an, dass der interkommunale Austausch in nahezu jedem Bereich der Stadtverwaltung bereits gängige Praxis ist und täglich stattfindet. Ziel dessen ist es, Eindrücke aus anderen Verwaltungen zu erhalten, davon zu profitieren und eigene Erfahrungen zu teilen.

Herr Baum freut sich darüber, dass die Beratungen zum Änderungsantrag der FDP stattfinden. Er weist allerdings darauf hin, dass dieser erst als TOP 3 in der Tagesordnung aufgeführt ist. Er bittet um Klärung, warum TOP 2 und TOP 3 nun gemeinsam behandelt werden.

Der Vorsitzende Herr Dr. Schröder-Tebbe räumt ein, dass hier der Aufruf der Tagesordnungspunkte optimierungsbedürftig war. Er hält die gemeinsame Diskussion dennoch aufgrund der thematischen Nähe für sinnvoll.

Herr Prohl bittet um eine getrennte Abstimmung zum Änderungsantrag der FDP. Herr Lütte möchte nicht über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Als Begründung wird die Nicht-Kenntnis angegeben. Er bittet um eine Vorberatung ohne Votum.

Herr Baum weist darauf hin, dass auch wenn die Verwaltung noch keine genauen Zahlen zum zusätzlichen Einsparpotenzial nennt, die entsprechenden Entwicklungen über die Jahre

verfolgt werden können. Er sieht die Ausführungen des Herrn Jehn als Unterstützung des Punktes 4 des Änderungsantrages der FDP, da diese Praxis gut funktioniert. Er weist darauf hin, dass die Informationen zum Änderungsantrag am Sitzungstag um 11:25 Uhr durch die Geschäftsführung versendet wurden.

Herr Bandel schließt sich den Ausführungen des Herrn Baum an. Er bezeichnet die Informationsbeschaffung als „Holschuld“. Er stimmt zu, dass der Änderungsantrag aktualisiert am Vormittag vorlag. Er gibt an, dass der Antrag bekannt sein könnte.

Herr Flore möchte dem Rat der Stadt eine fertige Beschlussfassung vorlegen. Er betont, dass die SPD zustimmen wird und sieht den Antrag, sofern es eine entsprechende Mehrheit gibt, als positiv vorberaten. Den Änderungsantrag wünscht er sich in einer zustimmungsfähigen Ausführung, rechtzeitig angefertigt, in der Ratssitzung.

Die CDU meldet Beratungsbedarf für die Drucksachen B/17/5154 und B/17/5154-01 an.

**3 Ergänzungsantrag der FDP im Rat gem. §4 der Geschäftsordnung für den Rat zum Beschlussvorschlag: "Einführung eines Energiemanagements" (B/17/5154)
A/17/5482-01**

TOP Ö3 wurde mit TOP Ö2 gemeinsam beraten.

Die CDU meldet Beratungsbedarf für die Drucksachen B/17/5154 und B/17/5154-01 an.

**4 4. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024
B/17/5265**

Herr Schröer gibt an, den weiteren Verlauf abkürzen zu können. Er meldet für TOP 2 bis einschließlich TOP 10 Klärungsbedarf der AfD an. Dies wird vom Umweltausschuss zur Kenntnis genommen.

TOP 4 bis einschließlich TOP 10 werden vom Vorsitzenden zusammengefasst und der Aussage des Herrn Schröer entsprechend gemeinsam behandelt.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Die Tagesordnungspunkte 4 – 10 wurden gemeinsam beraten.

**5 5. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024
B/17/5273**

Die Tagesordnungspunkte 4 – 10 wurden gemeinsam beraten.

Die AfD meldet Beratungsbedarf für TOP 4 bis einschließlich TOP10 an.

**6 6. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024
B/17/5274**

Die Tagesordnungspunkte 4 – 10 wurden gemeinsam beraten.

Die AfD meldet Beratungsbedarf für TOP 4 bis einschließlich TOP10 an.

- 7** **7. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024**
B/17/5275

Die Tagesordnungspunkte 4 – 10 wurden gemeinsam beraten.

Die AfD meldet Beratungsbedarf für TOP 4 bis einschließlich TOP10 an.

- 8** **8. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024.**
B/17/5276

Die Tagesordnungspunkte 4 – 10 wurden gemeinsam beraten.

Die AfD meldet Beratungsbedarf für TOP 4 bis einschließlich TOP10 an.

- 9** **9. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024**
B/17/5277

Die Tagesordnungspunkte 4 – 10 wurden gemeinsam beraten.

Die AfD meldet Beratungsbedarf für TOP 4 bis einschließlich TOP10 an.

- 10** **10. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2024.**
B/17/5279

Die Tagesordnungspunkte 4 – 10 wurden gemeinsam beraten.

Die Tagesordnungspunkte 4 – 10 wurden gemeinsam beraten.

- 11** **Integriertes Stadtentwicklungskonzept**
B/17/5302

Herr Bandel unterstützt das Stadtentwicklungskonzept. Hierfür wird eine moderne, personell gut ausgestattete Verwaltung und finanzielle Mittel benötigt. Er möchte hiermit allerdings keinen „Freifahrtschein“ kreiert sehen. Er bittet darum, dass über konkrete Maßnahmen im Bereich der Fußgängermobilität informiert wird und meldet Beratungsbedarf an.

Die CDU und BOB melden Beratungsbedarf für TOP 11 an.

**12 Zufahrtsregelung auf der Marktstraße in Alt-Oberhausen
B/17/5301**

Die SPD ist wohlwollend. Die Maßnahme funktioniert lt. Herrn Flore in Sterkrade gut und befindet es als Fazit, auch für Oberhausen – Mitte als gut.

Herr Bandel schließt sich der Meinung der SPD an. Die Maßnahme begründet sich in Beschwerden von Anwohnenden und Geschäftstreibenden. Die Poller fördern Vorteile für sämtliche Betroffene. Die CDU würde entsprechend ebenfalls zustimmen.

Der Umweltausschuss hat die Drucksache M/17/5430 zur Kenntnis genommen.

**13 Antrag der SPD-Fraktion gemäß §2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Prüfung der Einrichtung einer zentralen Veranstaltungsunterstützungsstelle für touristische und kulturelle Großveranstaltungen; Änderungsantrag der FDP im Rat gemäß §4 der Geschäftsordnung des Rates zur Drucksache A/17/3978-01: Prüfung der Einrichtung einer zentralen Veranstaltungsunterstützungsstelle für touristische und kulturelle Großveranstaltungen
M/17/5430**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/5430 zur Kenntnis.

**14 Evaluation der Klimaschutzrelevanz in Beschlussvorlagen.
M/17/5292**

Herr Rudi erkundigt sich zur besseren Nachvollziehung nach einer Tabelle, in welcher aufgeführt wird, wie Vorlagen beschlossen wurden. Diese möchte die Linke dann zur Prüfung heranziehen. Außerdem bittet er darum, dass der Umweltausschuss besonders den Bereich der Auswirkungen auf die Anpassungen an den Klimawandel – Flächenversiegelung bedenkt. Für ihn ist fraglich, welche Maßnahmen dagegen wirken können. Hier gibt es noch viel zu tun. Ein weiterer Bereich, auf den seiner Meinung nach besonderes Augenmerk gelegt werden sollte, ist der der Energieeinsparungen.

Für Herr Baum wirkt die Evaluation eher wie ein Rechenschaftsbericht. Fraglich sind für ihn die tatsächlichen Fortschritte bei den Auswirkungen. Er sieht hier einen großen Symbolcharakter. Aus 100 Vorlagen, in denen jeweils ein Baum gepflanzt wird, resultieren 100 Vorlagen mit positiven Auswirkungen auf das Klima. Wird eine Vorlage beschlossen, nach welcher 500 Bäume gefällt werden, gibt es lediglich eine Vorlage mit negativen Auswirkungen auf das Klima. Er betont, dass hieraus Mehrarbeit für die Verwaltung entsteht, aber ein Fortschritt im Klimaschutz nicht feststellbar ist.

Herr Flore schließt sich den Ausführungen des Herrn Bandel an. Der Klimaschutz soll hierdurch im Auge behalten werden. Möglicherweise könnte das Konzept überarbeitet werden. Er prüft die Angaben immer. Der Umweltausschuss muss auch Vorlagen beschließen, die nicht Klimafreundlich sind. Als Beispiel nennt er den Wohnungsbau. Dort steht die Notwen-

digkeit für ihn der Klimaneutralität entgegen. Dennoch werden Wohnungen benötigt. Herr Flore weist auf den notwendigen Kompromiss hin.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/5292 zur Kenntnis.

**15 Pflegekonzept zum Beschluss aus Antrag A/17/4434-01
M/17/5322**

Herr Bandel bedankt sich bei der Verwaltung und der SBO für eine schnelle Bearbeitung. Er schätzt das Konzept als einen guten Anfang ein.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/5322 zur Kenntnis.

**16 Lärmaktionsplan 4. Runde (2024) - Sachstand und Zeitplan
M/17/5409**

Herr Bandel bedauert die restriktive Reaktion der Bezirksregierung Düsseldorf. Für ihn ist fraglich, warum dies der Fall ist. Er sieht hier verlorene Maßnahmen bis zur 5. Stufe.

Herr Werntgen-Orman gibt an, dass viele Kommunen, insbesondere jene in Ballungsräumen, wie auch Oberhausen, im Verzug sind. Von der Reaktion wurde die Stadt Oberhausen überrascht. Vor dem Schreiben des Staatssekretärs ist man davon ausgegangen, dass der Plan fachlich und inhaltlich weiterentwickelt werden kann. Die Weisung könnte aufgrund der drohenden Strafzahlungen der Bundesrepublik Deutschland erfolgt sein. Positiv zu werten ist, dass die Stadt Oberhausen hierdurch nicht mehr im Verzug ist. Dies soll möglichst beibehalten werden.

Herr Rudi ist verwundert, dass bereits der dritte Lärmaktionsplan verspätet gewesen ist, in der Zwischenzeit die Software geändert wurde, auf fehlende externe Unterstützung nicht hingewiesen wurde und überrascht, dass die Ministerien auf Fristen bestehen. Er hält es für möglich, dass mehr Personal benötigt wird. Er erkundigt sich, ob es genügt im normalen Zyklus zu arbeiten oder ob es interne Maßnahmen zur Arbeitsablaufoptimierung geben wird um einen erneuten Verzug entgegen zu steuern.

Laut Herrn Werntgen-Orman haben die Kommunen in den Ballungsräumen bereits seit längerer Zeit Probleme, Fristen einzuhalten. In den nächsten Tagen werden lediglich die bestehenden Maßnahmen aus dem dritten Lärmaktionsplan ausführen. Weitere Maßnahmen werden in der nächsten Runde ausgearbeitet.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/5409 zur Kenntnis.

**17 Luftqualität 2023 - Ergebnisse der Luftqualitätsmessungen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV NRW), auch vor dem Hintergrund der für das Jahr 2030 zu erwartenden Grenzwertverschärfungen
M/17/5418**

Es handelt sich nach Herrn Flore um einen positiven Bericht, der nicht als positiv wahrgenommen wird.

nommen werden kann, weil die Diagramme eins bis drei der Anlage bis zum Morgen des Sitzungstages fehlten. Er vermutet ein Missverständnis innerhalb der Stadtverwaltung. Die Diagramme zeigen, dass die Belastung an den drei Stellen abgenommen hat. Das bewertet Herr Flore positiv. Er erinnert sich daran, dass der Umweltausschuss sich in der Vergangenheit um Straßensperrungen gesorgt hat und betont, dass die Arbeit trotzdem weitergeführt und verbessert werden muss. Herr Axt begründet die niedrigeren Werte auch mit dem Wetter der letzten Jahre. Wie weiterhin eingehaltene Luftqualität begründet er mit einem feuchten Sommer. Interessant findet er den Blick auf die Zeit ab dem Jahr 2027, in welcher noch nicht klar ist, was Oberhausener Straßen erwarten können.

Herr Lütte gibt an, dass die Grafiken bei den BOB-internen Beratungen vorlagen. Herr Bandel unterstützt die Aussagen des Herrn Axt.. Wetterbedingte Veränderungen der Luftqualität sind nicht beeinflussbar. Die Werte müssen über einen längeren Zeitraum richtig gelesen werden. Die Tendenz sieht er allerdings positiv.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/5418 zur Kenntnis.
--

**18 Änderungsantrag der FDP im Rat gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates
zum Antrag der SPD-Fraktion: "Schaffung von E-Scooter-Parkplätzen und
Koordinierung von Abstellverbotszonen" (A/17/5411)
A/17/5411-01**

TOP 18 und TOP 19 werden auf Vorschlag des Vorsitzenden gemeinsam beraten.

Der Antrag der SPD begründet sich lt. Herrn Prohl in drei Punkten. Zum einen gibt er die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung an. Zum anderen fließen persönliche Erfahrungen zu dem Thema ein. Grundsätzlich ist die persönliche Erfahrung positiv. Drittens sind die für ihn sichtbaren Schwachstellen ein Grund. Seiner Meinung decken sich die Artikel der WAZ nicht mit den persönlichen Erfahrungen und eingegangenen Beschwerden.

Herr Prohl hebt hervor, dass der Antrag sich nicht gegen E-Scooter als solche richtet. Die SPD wünscht sich einen jährlichen Bericht über eingegangene Beschwerden, die der Verwaltung vorliegen und einen jährlichen Bericht über die Aussagen der Betreibenden um diese zur Argumentation nutzen zu können.

Die SPD wünscht sich außerdem eine Zentralisierung der dortigen Abstellbereiche. Verschiedene Anbietende haben verschiedene Abstellverbotszonen eingerichtet. Die SPD wünscht sich eine Angleichung.

Manche Stellen, wie zu enge Bürgersteige sind nicht zur Abstellung geeignet. Hier sollten lt. Herrn Prohl Verbotszonen eingerichtet werden. Die Stadt Oberhausen könnte koordinativ tätig werden und Kontakt zu den Betreibenden aufnehmen.

Herr Baum dankt für die FDP der SPD für den Antrag. Die FDP wollte ebenfalls einen Antrag zu diesem Thema stellen. Ihm sind die Möglichkeiten der Stadt Oberhausen allerdings unklar, inwiefern sie in diesem Thema tätig werden kann. Er wünscht sich eine Planungsübersicht hierzu und denkt dabei an weitergehende Maßnahmen als Bodenmarkierungen. Grundsätzlich sollen E-Scooter in der Verkehrswende erhalten bleiben.

Herr Prohl gibt an, dass ein Konzept nicht beabsichtigt ist und weist auf konkrete Forderungen innerhalb des Antrages hin. Er befürchtet anderenfalls eine Behinderung des Vorgangs. Im Änderungsantrag werden unter den Punkten drei und vier bedeutungsgleiche Forderungen der SPD anders formuliert. Dies hält er nicht für förderlich. Die SPD möchte den Änderungsantrag der FDP auch wegen Punkt vier ablehnen. Dieser sollte aufgrund der Formulierung nicht in einer Beschlussfassung aufgeführt werden.

Herr Dr. Palotz weist darauf hin, dass es eine Vorlage für die kommende Ratssitzung gibt. Nach dieser soll eine Nutzungsgebühr i. H. v. 3,00€ pro Scooter erhoben werden. Die Gebührensatzungsänderung basiert auf dem Free-floating-konzept. Bei der stationären Lösung ist dies nicht umsetzbar. Es müssten Sondernutzungsflächen eingerichtet und entsprechende Gebühren erhoben werden. Die Einnahmen wären unter den erhofften 30.000,00€ liegen. Eine Kombination aus beiden Konzepten wäre denkbar.

Herr Schindelasch drückt seine Unterstützung für den Antrag der SPD aus und bemängelt die gegenwärtige Situation mit verschiedenen Abstellzonen der Anbieter. Er sieht, dass längere Fahrten dadurch gestückelt werden und Unklarheiten existieren. Er sieht eine Angleichung als Verbesserung an.

Dem Antrag der FDP widerspricht er. Die Erstellung eines weitergehenden Konzeptes sieht er nicht als fördernd. Er spricht sich dafür aus, dass die Stadt Oberhausen lediglich die Abstimmung zwischen den einzelnen Anbietern moderiert.

Herr Bandel sieht nach Herrn Dr. Palotz's Ausführungen nur noch den Änderungsantrag der FDP als Zustimmungswürdig. Grund dafür ist die Formulierung in Bezug auf das Free-floating- System und die damit einhergehenden möglichen Gebühreneinnahmen. Das Free-floating- Konzept sollte auch in der Formulierung unterstützt und gefördert werden.

Herr Baum stimmt Herrn Bandel zu. Er schränkt seine Aussage ein, indem er eine zeitintensive Konzepterstellung befürchtet. Er bittet darum, den Antrag in der Sommerpause 2024 weiter zu überarbeiten.

Der Antrag der SPD soll lt. Herrn Prohl nicht das Free-floating-Konzept abschaffen. Dieses soll nur punktuell optimiert werden. Abstellverbotszonen soll nur an Stellen eingerichtet werden, die dies zwingend erfordern. Dass das Free-floating-Konzept in der Formulierung nochmals zu fördern ist, sieht er nicht für zielführend, da ebenjenes bereits angewandt wird. Die SPD lehnt den Änderungsantrag ab, da offensichtliches nicht nur umformuliert werden soll.

Herr Axt glaubt nicht daran, dass die Stadt Oberhausen entsprechende Reaktionen der Anbieter einfordern kann. Er bittet die FDP den zweiten Punkt des Änderungsantrages zu streichen.

Herr Ingendoh befürchtet zu viele Abstellverbotszonen, wenn der Antrag der SPD unverändert bleibt. Hierdurch würden Einnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept wegfallen. Er bittet deshalb um eine Umformulierung und Sicherung der weiteren Existenz von E-Scootern in Oberhausen und garantiertes Free-floating.

Herr Baum gibt an, dass es keine Streichung g Herr Dr. Palotz weist darauf hin, dass es eine Vorlage für die kommende Ratssitzung gibt. Nach dieser soll eine Nutzungsgebühr i. H. v. 3,00€ pro Scooter erhoben werden. Die Gebührensatzungsänderung basiert auf dem Free-floating-konzept. Bei der stationären Lösung ist dies nicht umsetzbar. Es müssten Sondernutzungsflächen eingerichtet und entsprechende Gebühren erhoben werden. Die Einnahmen wären unter den erhofften 30.000,00€ liegen. Eine Kombination aus beiden Konzepten wäre denkbar.

Herr Schindelasch drückt seine Unterstützung für den Antrag der SPD aus und bemängelt die gegenwärtige Situation mit verschiedenen Abstellzonen der Anbieter. Er sieht, dass längere Fahrten dadurch gestückelt werden und Unklarheiten existieren. Er sieht eine Angleichung als Verbesserung an.

Dem Antrag der FDP widerspricht er. Die Erstellung eines weitergehenden Konzeptes sieht er nicht als fördernd. Er spricht sich dafür aus, dass die Stadt Oberhausen lediglich die Abstimmung zwischen den einzelnen Anbietern moderiert.

Herr Bandel sieht nach Herrn Dr. Palotz's Ausführungen nur noch den Änderungsantrag der FDP als Zustimmungswürdig. Grund dafür ist die Formulierung in Bezug auf das Free-floating- System und die damit einhergehenden möglichen Gebühreneinnahmen. Das Free-floating- Konzept sollte auch in der Formulierung unterstützt und gefördert werden.

Herr Baum stimmt Herrn Bandel zu. Er schränkt seine Aussage ein, indem er eine zeitintensive Konzepterstellung befürchtet. Er bittet darum, den Antrag in der Sommerpause 2024 weiter zu überarbeiten.

Der Antrag der SPD soll lt. Herrn Prohl nicht das Free-floating-Konzept abschaffen. Dieses soll nur punktuell optimiert werden. Abstellverbotszonen soll nur an Stellen eingerichtet werden, die dies zwingend erfordern. Dass das Free-floating-Konzept in der Formulierung nochmals zu fördern ist, sieht er nicht für zielführend, da ebenjenes bereits angewandt wird. Die SPD lehnt den Änderungsantrag ab, da offensichtliches nicht nur umformuliert werden soll.

Herr Axt glaubt nicht daran, dass die Stadt Oberhausen entsprechende Reaktionen der Anbieter einfordern kann. Er bittet die FDP den zweiten Punkt des Änderungsantrages zu streichen.

Herr Ingendoh befürchtet zu viele Abstellverbotszonen, wenn der Antrag der SPD unverändert bleibt. Hierdurch würden Einnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept wegfallen. Er bittet deshalb um eine Umformulierung und Sicherung der weiteren Existenz von E-Scootern in Oberhausen und garantiertes Free-floating.

Herr Baum gibt an, dass es keine Streichung geben wird. Er gibt an, dass die FDP kritisiert wurde, da der Änderungsantrag sehr kurzfristig eingebracht wurde. Er kann deshalb nicht nachvollziehen, warum dieser während der Sitzung und somit noch kurzfristiger, geändert werden soll.

Herr Prohl betont, dass Abstellverbotszonen nur wegen nachweislichen Behinderungen eingerichtet werden sollen. Er bittet darum einzeln über die Punkte des Änderungsantrages der FDP abzustimmen.

Es wird zunächst über den Änderungsantrag der FDP abgestimmt. Der Vorsitzende stimmt einer getrennten Abstimmung über die einzelnen Punkte zu.
Der Umweltausschuss stimmt zunächst

- mehrheitlich, mit Enthaltung der Linke-Fraktion, Bob und Afd, positiv über Punkt eins des Änderungsantrages der FDP ab.

mehrheitlich, mit Enthaltung der Afd und Gegenstimmen der CDU und FDP, negativ über Punkt zwei des Änderungsantrages der FDP ab.

- mehrheitlich, mit Enthaltung der CDU und Bob, positiv über Punkt drei des Änderungsantrages der FDP ab.

- Mehrheitlich, mit Enthaltung der SPD und Gegenstimmen der Die Linke-Fraktion, positiv über Punkt vier des Änderungsantrages der FDP ab.

Herr Prohl schlägt der FDP eine gemeinsame Beratung in Bezug auf den Antrag der SPD vor. Dies wird vom Umweltausschuss wohlwollend aufgenommen und entsprechend durch den Vorsitzenden aufgenommen.

Der Umweltausschuss berät die Drucksachen A/17/5411-01 und A/17/5411 ohne Votum vor.

19 Antrag nach § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen der SPD-Fraktion: Schaffung von E-Scooter-Parkplätzen und Koordinierung von Abstellverbotszonen
A/17/5411

TOP 19 wurde gemeinsam mit TOP 18 beraten.

Der Umweltausschuss berät die Drucksachen A/17/5411-01 und A/17/5411 ohne Votum vor.

20 Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstand „Öffentliche Trinkwasserspender im Stadtgebiet“ A/17/5444

Herr Axt gibt an, dass es in Osterfeld keinen Wasserspender dieser Art gibt. Er möchte die Einrichtung anregen.

Herr Werntgen-Orman gibt an, dass im gesamten Stadtgebiet weitere mögliche Standorte geprüft werden. Die vorhandenen Trinkwasserspender wurden der Stadt Oberhausen gespendet und werden vom RWW betrieben. Für Umsetzung der Neueinrichtung gibt es momentan keine Fördermittel, auf welche zukünftig jedoch gehofft wird um entstehende Kosten decken zu können. Hygieniker raten von mobilen Trinkwasserspendern ab. Als Beispiel nennt er Probleme, die in der Vergangenheit in Hamburg auftraten.

Die SPD möchte mobile Trinkwasserspender nicht. Dennoch unterstützt die SPD die Einrichtung eines Trinkwasserspenders in Osterfeld.

Herr Flore bemängelt, dass die Trinkwasserspender in Holten und Sterkrade zu Beginn des Frühlings nicht in Betrieb waren. Dies wurde allerdings nach einer Anfrage des Herrn Flore geändert.

Herr Flore bittet um Information, welcher Bereich der Stadt Oberhausen hier zuständig ist. Zuletzt bittet Herr Flore darum, die Bezirksvertretung Osterfeld in die Entscheidung, wo ein Trinkwasserspender eingerichtet werden soll, einzubeziehen.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache A/17/5444 zur Kenntnis.
--

21 Änderungsantrag der FDP im Rat gem. §4 der Geschäftsordnung für den Rat zum Antrag der SPD-Fraktion: "Videoüberwachung von Schulgebäuden in Oberhausen zum Schutz vor Einbrüchen und Vandalismus" (A/17/5439) A/17/5439-01

Der TOP 21 wird auf Vorschlag des Vorsitzenden zusammen mit TOP 22 beraten.

Herr Prohl weist auf die steigende Zahl der Einbrüche und Vandalismusfälle in Schulen hin. Er sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Im Rahmen Des Hausrechts der Stadt Oberhausen wird die Videoüberwachung vorgeschlagen. Dies soll in Absprache mit der Polizei stattfinden.

und neben der Abschreckung auch zur Aufklärung beitragen. Er betont, dass die Überwachung lediglich außerhalb der Nutzungszeiten der Gebäude stattfinden soll.

Die SPD möchte den eigenen Antrag nicht ändern um eine schnelle Umsetzung zu ermöglichen und hofft, dass die meisten Schulen bereits in den Sommerferien mit Kameras ausgestattet werden können.

Herr Prohl bittet darum, den Antrag ohne Votum vor zu beraten. Die SPD möchte sich zunächst mit der FDP beraten, da er einzelne Punkte in dem Änderungsantrag positiv sieht.

Herr Baum gibt an, dass die FDP den Anlass für den Antrag der SPD nachvollziehen kann.

Sie unterstützt den Antrag grundsätzlich, aber betrachtet das Thema lt. Herrn Baum konkreter. Er gibt an, dass Prävention nicht durch Videoüberwachung erfolgt. Er vermutet, dass es an einigen Gebäuden Sicherheitsmängel gibt, die Einbrüche erleichtern könnten. Fraglich ist für ihn, welcher Zeitraum gemeint ist. Es könnte die reine Unterrichtszeit, die Zeit in denen schulische Aktivitäten im Nachmittagsbereich stattfinden, oder die weitere Nutzung durch beispielsweise Vereine gemeint sein. Er wünscht sich hier genauere Angaben.

Herr Baum bietet der SPD ebenfalls gemeinsame Beratungen an.

Herr Axt sieht eine Videoüberwachung ohne Personal vor Ort nicht als zielführend. Er sieht darüber hinaus die angeregten Maßnahmen aus dem Änderungsantrag der FDP als nicht finanzierbar an. Ein Anschluss an die Polizei oder einen Sicherheitsdienst sieht er aus diesem Grund ebenfalls kritisch.

Herr Rudi kritisiert die Herangehensweise an das Problem der Kriminalität. Statt Videoüberwachung wünscht er sich einen Blick auf die Ursachen und soziale Aspekte, die diesen Straftaten seiner Meinung nach zugrunde liegen. Er wünscht sich eine bessere Prävention, die nicht auf Überwachung abzielt.

Herr Flore antwortet Herrn Rudi gezielt. Er sieht keinen sozialen Problemfall oder Schicksal das einen Einbruch in eine Schule rechtfertigt.

Darüber hinaus stellt Herr Flore eine Häufung der Schuleinbrüche fest, denen die Stadt Oberhausen nicht untätig gegenüberstehen sollte. Die Stadt Oberhausen sollte als Eigentümerin Maßnahmen ergreifen. Ob die Überwachung Einbrüche verhindern kann, vermag Herr Flore nicht einzuschätzen. Die Beweissicherung wäre allerdings gegeben.

Herr Flore sieht dringenden Handlungsbedarf. Er räumt ein, dass einzelne Punkte der FDP betrachtenswert sind. Dennoch ist er unsicher ob diese in den eigentlichen Antrag der SPD aufgenommen werden sollten. Er blickt dabei vor allem auch auf den finanziellen Aspekt.

Die SPD bittet um Zustimmung des Antrages im Rat.

Herr Baum stimmt Herrn Flore grundsätzlich zu. Er gibt an, dass der FDP bekannt ist, dass eine entsprechende Umsetzung nicht bis zu den Sommerferien möglich ist. Auch weist er darauf hin, dass die FDP die gegenwärtige Haushaltslage im Blick hat. Er ist unsicher, ob die Überwachung, wie die SPD sie beantragt kostengünstiger ist, als jene Ausführung aus dem FDP-Änderungsantrag. Herr Baum stimmt gemeinsamen Beratungen zu.

Herr Jehn und die Verwaltung aufgrund der aktuellen Geschehnisse besorgt. Er gibt an, dass die Hälfte der registrierten Einbrüche in den letzten vier Wochen stattfand. Hierbei wurde mehrheitlich nichts gestohlen. Es wird deshalb vermutet, dass lediglich auf Vandalismus abgezielt wird. Er ist der Meinung, dass neue Schließanlagen deshalb nicht immer zielführend sein können.

Modernste Schließmechanismen werden bereits an und in anderen städtischen Gebäuden genutzt. Bei der Lösung des gegenwärtigen Problems würden ebenjene allerdings nicht hilfreich sein. Die Stadt Oberhausen prüft weiterhin, inwiefern Schutzmechanismen erhöht werden können um sowohl materielle, als auch immaterielle Schäden weiter zu minimieren und Schülerinnen und Schüler hiervor noch besser zu schützen.

Herr Jehn betont, dass die Stadt Oberhausen in diesen Fällen nicht die Ermittlungs- oder Verfolgungsbehörde ist, sondern Geschädigte. Die Verwaltung befindet sich bei den Prüfungen zur Erhöhung der Gebäudesicherheit in enger Abstimmung mit der Polizei.

Herr Lütte berichtet von eigenen Recherchen in Form von Gesprächen mit mehreren Sicherheitsfirmen. Diese sollen übereinstimmend angegeben haben, dass die Sicherheit nicht erhöht wird, wenn die Überwachung ausgebaut wird. Kameras können bereits mit Kapuzen nutzlos werden. Alternativ können Bewegungsmelder mit Alarmanlage geeigneter sein.

Herr Bandel meldet Beratungsbedarf für beide Anträge an.

Die CDU meldet Beratungsbedarf für die Drucksachen A/17/5439 und A/17/5439-01 an.

- 22 Antrag der SPD-Fraktion nach § 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oberhausen: Videoüberwachung von Schulgebäuden in Oberhausen zum Schutz vor Einbrüchen und Vandalismus
A/17/5439**

TOP 22 wurde gemeinsam mit TOP 21 beraten.

Die CDU meldet Beratungsbedarf für die Drucksachen A/17/5439 und A/17/5439-01 an.



Schröer-Tebbe
Vorsitzender



Gnoß
Schriftführer